



„Jetzt ist nicht die Zeit zu kommen.“

Angesichts der starken Zunahme illegaler Grenzübertritte aus Mexiko hat die Sprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki, Migranten aufgefordert, sich derzeit nicht auf den Weg in Richtung USA zu machen

Weißes Haus an Migranten: „Jetzt ist nicht die Zeit zu kommen“

WASHINGTON (APA/dpa). Angesichts der dramatischen Zunahme von illegalen Grenzübertritten aus Mexiko hat die US-Regierung Migranten aufgefordert, sich derzeit nicht auf den Weg in Richtung USA zu machen. „Die Grenze ist nicht offen“, betonte die Sprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki, am Freitag. „Jetzt ist nicht die Zeit zu kommen.“

Psaki betonte, die große Mehrheit der Migranten werde auf Grundlage der Gesundheitsbestimmungen in der Coronavirus-Pandemie abgewiesen. Die Regierung von US-Präsident Joe Biden stehe aber zu ihrem Prinzip, unbegleitete Minderjährige nach einem Grenzübertritt aus humanitären Gründen nicht zurückzuschicken.

Die Grenzschutzbehörde

CBP hatte am Mittwoch mitgeteilt, ihre Mitarbeiter hätten im Februar 100.441 Personen beim versuchten Übertritt der Südgrenze aufgegriffen – 28 Prozent mehr als im Vormonat und fast 3 Mal so viele wie im Februar vergangenen Jahres. 72.113 Migranten seien wieder zurückgeschickt worden. Die Zahl der unbegleiteten Minderjährigen stieg nach CBP-Angaben von 3490 im Februar 2020 auf 9457 im vergangenen Monat. Die Behörde führte den Anstieg der Zahlen insgesamt unter anderem auf anhaltende Gewalt, Naturkatastrophen und Armut in zentralamerikanischen Staaten zurück. Die Regierung suche nach Möglichkeiten, die Zahl der Kinder zu reduzieren, die die gefährliche Reise auf sich nähmen.



Die Bilder von der Grenze zwischen Mexiko und den USA lösen Besorgnis aus. APA/afp/GUILLERMO ARIAS

MINDERHEITEN IN EUROPA

Niederlage für Populismus

HERMANNSTADT/SIBIU. Er ist nicht irgendwer: Als Darius Vălcov 2018 den inkriminierten Spruch losließ, war er Berater der rumänischen Premierministerin Viorica Dancila. Vălcov hatte auf seiner Facebook-Seite eine Montage gepostet, in der suggeriert wurde, das Demokratische Forum der Deutschen in Rumänien (DFDR) sei eine nationalsozialistische Organisation. Die politische Vertretung der deutschen Minderheitengrup-

pen in Rumänien brachte Vălcov vor Gericht. Wie die „Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien“ berichtet, hat nun das Berufungsgericht Craiova ein Urteil bestätigt, mit dem Vălcov zu einer Geldstrafe von 20.000 Lei (umgerechnet rund 4000 Euro) wegen moralischer Schäden verurteilt worden war. Zuvor hatte bereits der rumänische Antidiskriminierungsrat den Politiker zu einer Geldbuße von 2000 Lei (etwa 400 Euro) verurteilt.



Der CDU-Vorsitzende Armin Laschet (links) und sein Rivale Markus Söder (CSU).

Union befürchtet Fehlstart

ERSTER STIMMUNGSTEST: Welche Signale kommen aus Stuttgart und Mainz? – Viele sind nervös

BERLIN/STUTTGART/MAINZ (dpa). Es ist der erste große Stimmungstest im Superwahljahr 2021 – für den neuen CDU-Vorsitzenden Armin Laschet könnte es am Sonntag gleich ein bitterer Abend werden. Möglich erscheint nämlich, dass nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann die CDU nicht mehr für die Regierung braucht – und es eine Ampelkoalition mit SPD und FDP gibt.

Wenn bei der parallelen Wahl in Rheinland-Pfalz SPD-Regierungschefin Malu Dreyer dann auch noch ihre Ampelregierung behaupten kann – könnte das ein Menetekel für die CDU um

Laschet und dessen Ambitionen im Bund werden?

Derzeit geben Umfragen eine Ampel im Bund nicht her – aber gesetzt ist ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl nichts. Wenn Kretschmann freie Partnerwahl hat, dürften die Grünen sich in ihren hochfliegenden Kanzlerambitionen bestärkt fühlen. Nach einigen Umfragen ist im Südwesten nicht nur eine Ampel möglich – nicht ausgeschlossen ist auch, dass es für Grün-Rot oder Grün-Gelb reicht.

Bei der SPD wäre es bei einem guten Wahlausgang das erste Mal seit Langem, dass keine niederschmetternden Ergebnisse aus den Ländern die Aufstellung im Bund torpedieren. Olaf Scholz hat ohnehin alle Mühe, nicht nur als einer der Krisenmanager der Regierung, sondern als Kanzlerkandidat wahrgenommen zu werden. Und die FDP dürfte im Falle von gleich 2

Regierungsbeteiligungen Morgenluft im Bund wittern.

Erster Stimmungstest für Armin Laschet

In der CDU haben sie vorsorglich eine Brandmauer um den neuen Chef Laschet errichtet – auch wegen der Korruptionswürfe gegen einige Bundestagsabgeordnete in der Coronamasken-Affäre. Eine Mitschuld könne man ihm kaum anlasten, wenn die CDU in Baden-Württemberg aus der Regierung fliege – schließlich sei Laschet erst ein paar Wochen im Amt, heißt es da. Bei beiden Wahlen gehe es zudem um Landesthemen, außerdem seien Kretschmann und Dreyer extrem populär.

Kanzlerkandidatur

Aber natürlich – das wissen sie auch in der CDU-Zentrale –

ist der Frust der Menschen über die schleppende Corona-Impfkampagne und die als zu kompliziert kritisierten Bund/Länder-Beschlüsse zu Lockerungen von Corona-Maßnahmen kein Rückenwind. Die Maskenaffäre dürfte den ohnehin miesen Trend für die CDU zusätzlich verstärken. Allerdings: Mit großen Auswirkungen auf die nach Ostern anstehende Entscheidung über die Kanzlerkandidatur der Union – Laschet oder doch lieber CSU-Chef Markus Söder – rechnen Strategen in der Partei nicht. Zugleich setzt man in der Führungsetage der Christdemokraten darauf, dass der harte Aufklärungskurs in der Maskenaffäre Wirkung zeigt.

Bei der SPD ist die Zeit großer Personalquerelen vorerst vorbei. Scholz kann auf eine geschlossene Unterstützung durch die wichtigen Sozialdemokraten zählen.

© Alle Rechte vorbehalten

EUROPA-SPLITTER

Frauen: Ein Tag reicht nicht aus

BRÜSSEL: 5-Jahres-Strategie bekämpft Ungleichheit zwischen den Geschlechtern

Diese Woche begann mit dem Internationalen Frauentag. Die Gefahr ist groß, dass man ihn zum Wochenende bereits wieder vergessen hat. Der 8. März als internationaler Frauentag entstammt ursprünglich der kommunistischen Bewegung und wurde unter dem NS-Regime verboten. Erst ab Ende der 60-er Jahre bahnte sich der Frauentag seinen Weg in die Mitte des politischen Spektrums. Seit 1975 wird er von den Vereinten Nationen offiziell gefeiert. Heute ist der Kampf um Gleichberechtigung Allgemeingut. Doch häufig ist der Tag damit leider gar nicht. Ganz im Gegenteil.



Am 8. März war Frauentag. MARIE-THERES FISCHER

Die EU-Kommission nahm den 8. März zum Anlass, um in ihrem Jahresbericht zur Gleichstellung zwischen den Geschlechtern darauf hinzuweisen, dass die Coronakrise bereits Erreichtes wieder zunichte zu machen droht. In einigen Mitgliedstaaten ließ sich ein deutlicher Anstieg häuslicher Gewalt feststellen. Auch am Arbeitsmarkt trifft es die Frauen besonders

hart, sind doch 4 Fünftel der Beschäftigten in Gesundheit und Pflege Frauen. Auch im Gastgewerbe sind Frauen überrepräsentiert.

Ein Tag reicht nicht, um diese Schieflage zu beseitigen, denn bereits vor Corona war die Situation der Frauen in der EU noch weit entfernt von gelebter, alltäglicher Gleichberechtigung. Dies zeigt die EU Kommission mit Zahlen wie diesen:

- 33 Prozent der Frauen in der EU waren bereits Opfer körperlicher und/oder sexueller Gewalt;

- 22 Prozent wurden Opfer häuslicher Gewalt;
- 55 Prozent der Frauen in der EU wurden bereits sexuell belästigt;
- 44 Prozent der Europäer sind der Ansicht, dass Frauen sich hauptsächlich um Haushalt und Familie kümmern sollen;
- fast 12 Prozent beträgt der Unterschied in der Beschäftigungsquote zwischen Mann und Frau;
- 14 Prozent beträgt das Lohngefälle zwischen Mann und Frau;

- 30 Prozent beträgt das Rentengefälle;
- 22 Stunden Pflege- und Haushaltsarbeit leisten Frauen pro Woche, Männer 9 Stunden;
- knapp über 7 Prozent der Aufsichtsräte in den größten börsennotierten Unternehmen sind Frauen.

Dies sind EU-Durchschnittswerte, sodass die Zahlen in einigen EU-Mitgliedstaaten weit drastischer ausfallen. Dies, obwohl 14 der 20 in Sachen Gleichstellung weltweit führenden Länder EU-Mitgliedstaaten sind. Angesichts dieser Zahlen wird klar, dass diese Welt den internationalen Frauentag dringend notwendig hat. Doch ein isolierter Tag alleine reicht nicht. Deshalb widmet sich die EU nun in über 1800 Tagen in den Jahren 2020-2025 schwerpunktmäßig diesem Thema: Bereits zum Frauentag letzten Jahres wurde eine 5-Jahresstrategie „für die Gleichstellung der Geschlechter“ vorgestellt. Diese gilt es nun umzusetzen.

© Alle Rechte vorbehalten

4 FRAGEN AN ...

... Gabriel N. Toggenburg*



„Dolomiten“: Was sind die Schwerpunkte der EU-Gleichstellungsstrategie?

Gabriel N. Toggenburg: Es geht darum, Gewalt gegen Frauen zu beenden und Rollenstereotypen abzubauen. Zweitens will man im Wirtschaftsleben die Unterschiede in den Möglichkeiten, die Männer haben und die Frauen haben, beseitigen. Und drittens geht es darum, zu einer ausgewogeneren Vertretung in Gesellschaft und Politik zu kommen.

„D“: Mit welchen konkreten Maßnahmen soll das erreicht werden?

Toggenburg: Nun, zum Beispiel hat die Kommission für die Frage des gleichen Lohns für gleiche Arbeit diese Woche einen Gesetzgebungsvorschlag zur Lohntransparenz vorgeschlagen. Wenn sich Rat und Parlament auf dieses EU-

Gesetz einigen, dann müssten Arbeitgeber transparent mit ihrer unternehmensinternen Gehaltsstruktur umgehen. Wer mehr als 250 Leute beschäftigt, muss Informationen über das Lohngefälle veröffentlichen. Auch eine Beweislastumkehr wird vorgeschlagen.

„D“: Was will man gegen Gewalttaten tun?

Hierzu gibt es ein völkerrechtliches Abkommen des Europarates – die Istanbulkonvention. Dieser soll die EU als auch alle ihre Mitgliedstaaten beitreten und die dort vorgesehenen Maßnahmen umsetzen. Aber 7 osteuropäische Staaten haben nun Zweifel, ob sie sich wirklich durch den Vertrag binden lassen wollen.

„D“: Bremst das die EU aus?

Diese Woche hat der Generalanwalt am EuGH dazu gesagt, dass die EU nicht warten muss bis sich alle Mitgliedstaaten entschlossen haben die Konvention zu ratifizieren.

* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz